

Beschluss Sicherheit nicht ohne Freiheit - Für eine liberale, demokratische Bürgergesellschaft

Gremium: LDK
Beschlussdatum: 26.10.2019
Tagesordnungspunkt: 4. Freiheit! Aber sicher.

Antragstext

1 Wenn die Landesregierung den Versuch unternimmt, die Rechte der Bürgerinnen und
2 Bürger unmäßig zu beschneiden, stellen wir BÜNDNISGRÜNE uns dagegen. Wir
3 BÜNDNISGRÜNE treten engagiert für unseren demokratischen Rechtsstaat und unsere
4 freiheitliche, offene Gesellschaft ein. Wir spielen Freiheit und Sicherheit
5 nicht gegeneinander aus, sondern finden freiheitliche Antworten auch auf
6 konservative Bedürfnisse. Wir BÜNDNISGRÜNE wollen, dass alle Menschen in
7 Mecklenburg-Vorpommern frei, sicher und zugleich in gesellschaftlicher
8 Verbundenheit miteinander leben können.

9 Die Verantwortung für Recht, Freiheit und Menschenwürde ist ein Grundpfeiler der
10 BÜNDNISGRÜNEN politischen Agenda, den wir keiner populistischen Verlockung
11 preisgeben. Für unsere liberale Demokratie liegt dabei eine zentrale
12 Herausforderung darin, Zukunftspessimismus, Verunsicherung und Abstiegsängste
13 ernst zu nehmen und geeignete Lösungen dafür zu finden, diesen zu begegnen.
14 Soziale Gerechtigkeit, gesellschaftliche Teilhabe und umfassende
15 Bildungsinvestitionen sind dabei wesentliche Elemente, die wir noch stärker zum
16 Bestandteil unserer politischen Agenda machen müssen. Dann wächst auch das
17 Bekenntnis zum und die Überzeugung für den liberalen, demokratischen
18 Rechtsstaat.

19 Für einen starken Rechtsstaat

20 Wir BÜNDNISGRÜNE wollen einen starken Rechtsstaat, der den Bürgerrechten
21 verpflichtet ist und vor Kriminalität und Terror schützt. Wir wollen eine
22 zielgerichtete und effektive Gefahrenabwehr durch eine starke und bürgernahe
23 Polizei. Die Strukturen und das Handeln der Sicherheitsbehörden müssen darauf
24 ausgelegt sein, die Bürgerrechte angesichts der aktuellen Herausforderungen in
25 der realen und in der digitalen Welt zu verteidigen und zu stärken. BÜNDNISGRÜNE
26 Innenpolitik denkt Sicherheitspolitik jedoch noch weiter: Prävention, Bildung,
27 Deradikalisierung, Klimaschutzpolitik, städtebauliche Entwicklung,
28 Kriminalprävention, Entwicklungszusammenarbeit und eine starke Zivilgesellschaft
29 gehören dazu.

30 In Mecklenburg-Vorpommern wie im gesamten Bundesgebiet wird Sicherheitspolitik
31 oft nur aus einer verkürzten Perspektive diskutiert, die danach fragt, wie
32 "hart" der Staat - also im Zweifelsfall die Polizei - gegen tatsächliche oder
33 vermeintliche Straftäter*innen durchgreift. Dabei werden Problemfelder häufig
34 selektiv herausgestellt, insbesondere wenn sie Ängste in der Bevölkerung
35 bedienen. Denn damit lassen sich leicht zusätzliche Kompetenzen für die
36 Sicherheitsbehörden rechtfertigen, wodurch wiederum "Stärke gezeigt" werden
37 kann. Wir BÜNDNISGRÜNE setzen uns dagegen für ein weiteres Verständnis von
38 Sicherheitspolitik ein. Das bedeutet nicht nur einen Wandel des Leitbilds der
39 Polizei vom "Robocop" hin zu einer bürgernahen Polizei, sondern insbesondere
40 eine Erweiterung des Blickwinkels über diese Institution hinaus.

41 Für eine wissenschaftliche fundierte Erfassung der Kriminalität

42 Grundlage jeder Sicherheitspolitik sollte eine wissenschaftlich fundierte
43 Erfassung der Gefahrenlage sein. Zu häufig bezieht sich die Landesregierung auf
44 das Sicherheitsgefühl in der Bevölkerung. Und wenn sie sich für Fakten
45 interessiert, dann erschöpfen sich diese in der polizeilichen Kriminalstatistik,
46 die lediglich eingeleitete Strafverfahren erfasst und damit bloß einen
47 Ausschnitt der Sicherheitslage darstellt. Dagegen gibt es weitere
48 wissenschaftlich etablierte Erhebungsmöglichkeiten wie anonymisierte Befragungen
49 der Bevölkerung und Erhebungen bei Versicherungen und anderen Stellen, die zu
50 bestimmten Phänomenbereichen fachkundig Auskunft geben können. Wir BÜNDNISGRÜNE
51 fordern, dass regelmäßig solche wissenschaftlichen Untersuchungen durchgeführt
52 und in einem periodischen Sicherheitsbericht veröffentlicht werden. Nur so
53 können die oftmals emotionale Debatte zu Sicherheitsfragen rationalisiert und
54 zielgerichtet die notwendigen Maßnahmen ergriffen werden.

55 Für ein konsequentes Eingreifen gegen verbale Hetze

56 Wir BÜNDNISGRÜNE sind überzeugt, dass Bedrohungen für die öffentliche Sicherheit
57 schon bei aggressiver Kommunikation beginnen. In einem aufgeheizten
58 gesellschaftlichen Klima sinkt die Hemmschwelle zur Gewalt. Das betrifft erstens
59 beleidigende Angriffe und verbale Hetze, die nicht nur, aber insbesondere im
60 Internet den Ton der Auseinandersetzung prägen. Wo die Schwelle zur Strafbarkeit
61 überschritten ist, muss der Staat konsequent eingreifen, damit sich
62 Beleidigungen nicht als normale Diskussionskultur etablieren. Auch dafür wollen
63 wir Polizei und Justiz besser ausstatten. Es ist aber stets auch die
64 Zivilgesellschaft gefordert. Dabei sind diejenigen Kräfte zu stärken, die sich
65 auf der Basis der Menschenrechte für einen respektvollen Umgang einsetzen. Jede
66 und jeder Einzelne von uns trägt Verantwortung in der Auseinandersetzung mit
67 rechtem und menschenverachtendem Gedankengut. Nur wenn wir alle hinhören,
68 Position beziehen und uns klar für ein friedliches und tolerantes Miteinander
69 engagieren, schaffen wir ein gesellschaftliches Klima, das dem Treiben von
70 rechten Ideolog*innen einen Riegel vorschiebt.

71 Zweitens hilft in der Diskussion nicht weiter, wenn Politiker*innen selbst zu
72 martialischer Sprache greifen. In der Sicherheitspolitik hilft eine Law-and-
73 Order-Rhetorik nicht bei der Lösung von Problemen, führt aber zur Abwertung der
74 vermeintlichen oder tatsächlichen Kriminellen, wodurch es leichter fällt, diesen
75 grundlegende Rechte abzuspochen. Doch zum einen zeichnet den freiheitlichen
76 Rechtsstaat aus, dass alle Menschen die gleichen Rechte haben, und zum anderen
77 ist es gerade für die Gefahrenabwehr typisch, dass sie von Prognosen abhängig
78 und die Verantwortlichkeit der Verdächtigen noch gar nicht klar ist. Deshalb
79 stellt einfaches Freund-Feind-Denken eine Gefahr für die Bewältigung von
80 Bedrohungen dar.

81 Für eine strengere Regulierung des Schusswaffenbesitzes

82 Eine Abrüstung ist aber nicht nur in der Kommunikation nötig, sondern ganz real
83 auch in den Waffenschränken. Mit Sorge beobachten wir, dass in Mecklenburg-
84 Vorpommern immer mehr Menschen den "kleinen Waffenschein" machen, sich scharfe
85 Waffen oder Attrappen zulegen. Auch wenn diese suggerieren, dass man damit
86 selbst für mehr Sicherheit sorgen kann, steigt damit letztlich das Risiko einer
87 gewaltsamen Auseinandersetzung. Denn auch die Gegenseite reagiert mit
88 Aufrüstung. Und bewaffnete Privatleute verfügen oft nicht über die
89 Voraussetzungen, auch in Stresssituationen ordnungsgemäß mit Waffen umzugehen.

90 Auch besteht die Gefahr, dass diese Waffen in falsche Hände gelangen. Gerade
91 Schreckschusspistolen sind nicht zu unterschätzen, denn für andere Personen -
92 egal ob Polizei oder Kriminelle - sind sie nicht von scharfen Waffen zu
93 unterscheiden. Wir BÜNDNISGRÜNE fordern deshalb einen restriktiven Umgang mit
94 Waffen. Das betrifft strenge Regeln für den Erwerb und die Aufbewahrung von
95 Waffen, aber mindestens genauso eine engmaschige Kontrolle dieser Vorgaben.

96 Für eine Konzentration der Polizei auf Kernaufgaben

97 Eng mit dem Deeskalationsgedanken verbunden ist der von uns BÜNDNISGRÜNEN
98 verfolgte Ansatz, das Einsatzfeld der Polizei nicht ausufern zu lassen. Das
99 betrifft einerseits ganz praktisch den Abbau von unnötigen Aufgaben, die genauso
100 gut von anderen Stellen wahrgenommen werden. Statt viel Aufwand in die
101 Begleitung von Schwertransporten zu stecken, sollte die Polizei ihre Kapazitäten
102 besser in Bereichen einsetzen, in denen sie die Verkehrssicherheit konkret
103 erhöht. Die Konzentration auf den Schutz von Rechtsgütern erfordert in einem
104 weiteren Sinne aber auch eine Liberalisierung der Kriminalpolitik. Es stehen
105 immer noch Verhaltensweisen unter Strafe, bei denen es keinen zwingenden Grund
106 für eine staatliche Sanktion gibt. Zwar wird dies oftmals auf Bundesebene
107 festgelegt. Zum Beispiel bei der Verfolgung von Drogendelikten, die große
108 polizeiliche Ressourcen frisst und für reale Drogenprobleme wirkungslos ist,
109 kann das Land aber für eine großzügigere Einstellungspraxis sorgen und die
110 Polizei so von der Bearbeitung unnötiger Strafverfahren entlasten.

111 Für einen höheren Frauenanteil in der Polizei

112 Wir BÜNDNISGRÜNE wollen die Polizei personell stärken, ihr eine moderne
113 Ausstattung verschaffen und den Frauenanteil in der Polizei deutlich erhöhen.
114 Frauen müssen vor allem auch in den deutlich stärkerem Maße bei der Besetzung
115 von Führungspositionen berücksichtigt werden. Wir wollen die sozialen,
116 sprachlichen und interkulturellen Kompetenzen der Polizei deutlich erhöhen, denn
117 diese helfen ganz praktisch bei der Polizeiarbeit, beim Bürgerkontakt, bei der
118 Verbrechensbekämpfung, aber insbesondere auch bei der Verhütung von Straftaten.

119 Wir BÜNDNISGRÜNE wollen eine Reform der Aus- und Fortbildung, ebenso wie eine
120 bessere Ausgestaltung von Schichtdienst und Versetzungen. Über die Einführung
121 einer unabhängigen Polizeibeauftragten, an die sich Bürger*innen genauso wie
122 Polizeibeamt*innen wenden können, erwarten wir mehr Transparenz, mehr Offenheit
123 und bessere Kommunikationskultur innerhalb der Polizei. Wir halten an der
124 Forderung einer flächendeckenden Kennzeichnungspflicht für Polizist*innen durch
125 Nummern fest. So stärken wir das Vertrauen der Menschen in die Polizei.

126 Für eine effektive Terrorismusbekämpfung, die unsere Bürgerrechte achtet

127 Wir BÜNDNISGRÜNE werden niemals hinnehmen, dass ideologisch motivierte
128 Terrorist*innen willkürlich Menschen töten. Wir stehen zu einer wirksamen
129 Sicherheitspolitik, die auf Fakten gründet und real vor Kriminalität und Terror
130 schützt. Symbolische oder populistische Maßnahmen lehnen wir jedoch ab.
131 Bestehende Gesetze zur Gefahrenabwehr gegen den islamistischen oder
132 rechtsmotivierten Terror müssen entschlossener und konsequenter angewendet
133 werden.

134 Terroristische Strukturen müssen lückenlos aufgeklärt werden. „Gefährder*innen“
135 gehören effektiv und gezielt überwacht. Das erforderliche Fachpersonal dazu
136 wollen wir bereitstellen, denn das gewährleistet anders als die

137 Massenüberwachung ohne konkreten Anlass tatsächlich mehr Sicherheit. Es ist
138 dagegen ein gefährlicher Irrweg, auf Gefährdungen der inneren Sicherheit mit
139 immer weitergehenden Einschränkungen unserer Freiheits- und Bürgerrechte zu
140 reagieren. Massenüberwachungen wie die Vorratsdatenspeicherung, denen anlasslos
141 und ohne Unterscheidung alle Bürger*innen ausgesetzt werden, sind
142 unverhältnismäßig und in der Regel auch ineffektiv.

143 Für mehr Prävention

144 Wir BÜNDNISGRÜNE wollen einen Ausbau der Präventionsarbeit. Diese kann
145 erreichen, was durch polizeiliches Eingreifen in der Regel nicht möglich ist.
146 Denn viel besser und langfristig effektiver, als Rechtsgüter mit Zwang zu
147 verteidigen und Rechtsverstöße zu sanktionieren, ist es, Menschen davon zu
148 überzeugen, diese Rechtsgüter anzuerkennen. Gerade Gewalttaten geschehen selten
149 geplant, sondern werden meist durch mangelhafte Aggressionskontrolle begünstigt.
150 Und auch jugendtypische Delikte lassen sich durch Polizeiarbeit meist nicht
151 verhindern, sondern allenfalls aufklären. Prävention setzt dagegen früher an.
152 Auch hier gilt es, zivilgesellschaftliche Organisationen, die oft schon seit
153 vielen Jahren hervorragende Arbeit leisten, zu stärken. Doch der Staat muss auch
154 die eigene Verantwortung Ernst nehmen, und das auf vielen Ebenen. Es kann nicht
155 sein, dass Schulen und Kommunen darum kämpfen müssen, dass an Schulen überhaupt
156 eine Sozialarbeitsstelle finanziert wird. Schulen müssen so gestärkt werden,
157 dass die Schüler*innen lernen, Konflikte gewaltfrei zu lösen. Genauso skandalös
158 ist es, wenn in Justizvollzugsanstalten das Personal nicht reicht, um
159 resozialisierende Maßnahmen anzubieten. Justizvollzugsanstalten müssen so
160 ausgestattet sein, dass die Strafgefangenen sich die Fähigkeiten aneignen
161 können, die ihnen ein verantwortungsvolles Leben in Freiheit ermöglichen.

162 Für mehr Maßnahmen zur Deradikalisierung

163 Die innere Sicherheit braucht mehr soziale Vorsorge, denn gesellschaftliche
164 Prävention stärkt die Demokratie und verhindert Straftaten im Vorfeld. Wir
165 BÜNDNISGRÜNE setzen uns für Netzwerke zur Prävention und Deradikalisierung
166 insbesondere im Bereich des Islamismus und des Rechtsextremismus ein. Dies
167 erfordert Strategien und Methoden, die auch zu den Jugendlichen und dem Milieu
168 vor Ort passen.

169 In den Justizvollzugsanstalten muss die Radikalisierung Inhaftierter verhindert
170 und ihre Wiedereingliederung in die Gesellschaft stärker gefördert werden. Wir
171 fordern darüber hinaus eine Bildungsoffensive in Kindertagesstätten und Schulen,
172 denn wir wollen Demokratie- und Medienkompetenz besser fördern sowie
173 Beratungsstellen, Jugendverbände und aufsuchende Jugendarbeit stärken.

174 Für eine intensivere Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus und -populismus

175 Wir BÜNDNISGRÜNE fordern eine intensivere Auseinandersetzung mit dem wachsenden
176 Rechtsextremismus. Insbesondere müssen neue rechtsradikale Gruppierungen und
177 Parteien von den Sicherheitsbehörden genauer in den Blick genommen werden, denn
178 nicht nur die aktuellen Geschehnisse um die Nordkreuzgruppe machen deutlich:
179 Immer noch sind Teile der Sicherheitsbehörden auf dem rechten Auge blind!

180 Rechtsextreme und Reichsbürger*innen sind konsequent zu entwaffnen und aus dem
181 öffentlichen Dienst zu entfernen. Wir BÜNDNISGRÜNE stellen uns engagiert dem
182 Rechtspopulismus entgegen, denn er begünstigt und fördert menschenfeindliche
183 Tendenzen.

184 Für mehr IT-Sicherheit

185 Immer neue Hacking-Angriffe auf Kraftwerke, Unternehmen, Parlamente aber auch
186 Nutzer*innen zeigen: Die Sicherheit im Digitalen geht uns alle an – auch für ein
187 freies und sicheres Netz steht der Staat in einer Schutzverantwortung. Hier
188 dürfen Unternehmen und Verbraucher*innen nicht alleine gelassen und die
189 Verantwortung auf sie abgeschoben werden.

190 Die IT-Sicherheit muss verstärkt werden, insbesondere zum Schutz kritischer
191 Infrastrukturen. Dazu müssen die unterschiedlichsten Zuständigkeiten gebündelt
192 werden. Nötig ist eine Meldepflicht bei Angriffen auf kritische
193 Versorgungsleistungen wie z.B. im Gesundheitsbereich oder auf das politische
194 System. Sicherheitslücken müssen nach Bekanntwerden umgehend geschlossen werden.

195 Die Bekämpfung der Internet- und Computerkriminalität wollen wir BÜNDNISGRÜNE
196 intensivieren. Es braucht umfassendere Ressourcen, um gegen Cybercrime und die
197 Underground-Economy vorzugehen.

198 Für eine grenzüberschreitende Zusammenarbeit

199 Unser Bundesland kann internationalen Terror und andere aktuelle und gefährliche
200 Kriminalitätsformen nicht alleine in den Griff bekommen. Wir brauchen eine
201 länderübergreifende Polizei- und Sicherheitspolitik. Innerhalb Deutschlands
202 braucht es einen besseren, institutionalisierten Informationsaustausch zwischen
203 den Ländern und den Bundesbehörden. Wir wollen aktuelle koordinierte Einsatz-
204 und Schutzkonzepte für sensible und gefährdete Orte mit einheitlichen Standards
205 für alle Akteure. Das gilt für die Bundesebene genauso wie für die Landes- und
206 Kommunalebene und von den Sicherheitsbehörden bis hin zu Rettungs- und
207 Hilfskräften.

208 Europäische Sicherheitszusammenarbeit ist ein Kernelement grüner
209 Sicherheitspolitik. Es braucht eine stärkere europäische Vernetzung, die
210 verbindliche Nutzung von bestehenden Systemen und einen besseren rechtsstaatlich
211 organisierten Informationsaustausch. Allgemeine Kontrollen an den deutschen
212 Grenzen widersprechen dem Geist Europas und sind gerade auch im Kampf gegen
213 Extremisten wenig effektiv. Wir lehnen sie daher ab.

214 Für einen Umbau der Sicherheitsarchitektur

215 Eine Reform des Landesverfassungsschutzes ist auch in Mecklenburg-Vorpommern
216 überfällig. Die SPD-/CDU-geführte Landesregierung hat auf das Versagen der
217 Sicherheitsbehörden bisher nur über eine personelle und finanzielle Stärkung
218 reagiert. Nach unseren Vorstellungen reduziert eine komplett neu aufgestellte
219 Behörde ihre nachrichtendienstlichen Tätigkeiten auf ein Minimum und arbeitet
220 eng mit Wissenschaft und Zivilgesellschaft zusammen. Das V-Personen-System des
221 Verfassungsschutzes in seiner derzeitigen Form wollen wir abschaffen, denn der
222 Einsatz von V-Personen in der rechtsextremistischen Szene verlief in der
223 Vergangenheit bekanntlich desaströs und stärkte die rechten Strukturen.

224 Der Kernbereich privater Lebensgestaltung muss auch vor dem Verfassungsschutz
225 umfassend geschützt, die Grenzen staatlicher Ausforschung sehr eng gezogen
226 werden. Das Trennungsgebot zwischen Verfassungsschutz und Polizei muss strikt
227 eingehalten werden. Zugriff auf Vorratsdaten und die Beobachtung von Kindern
228 lehnen wir ab. Die parlamentarische Kontrolle muss umfassend gestärkt werden.
229 Der Verfassungsschutz hat keinen Bildungsauftrag, deswegen wollen wir

230 BÜNDNISGRÜNE ihm diese Aufgabe entziehen. Unabhängig davon stehen wir einer
231 Reform der Struktur der Sicherheitsbehörden in der Bundesrepublik offen
232 gegenüber.

233 Für eine starke Justiz

234 Wirkungsvolle Innenpolitik ist dynamisch und reagiert auf neue Herausforderungen
235 rechtsstaatlich und zielgerichtet. Sicherheit wird nicht nur durch Polizistinnen
236 und Polizisten gewährleistet. Dazu gehört auch unsere Justiz, die ebenfalls
237 personell und sachlich gut ausgestattet sein muss. Die Umsetzung der
238 Gerichtsstrukturreform in unserem Bundesland war das Gegenteil dessen, was wir
239 BÜNDNISGRÜNE unter einer Stärkung der Justiz verstehen, denn der Staat muss im
240 ländlichen Raum ebenso präsent sein wie in den großen Städten.

241 Mut zum Einmischen

242 Wir alle zusammen können die großen Herausforderungen unserer Zeit erfolgreich
243 bewältigen, vom Klimawandel und der digitalen Revolution bis hin zur
244 tiefgreifenden Veränderung unserer Gesellschaft. Es braucht dafür eine starke
245 Zivilgesellschaft, die sich tagtäglich für ihre Demokratie einsetzt. Wenn mehr
246 Menschen sich einmischen, mutig, engagiert und selbstbewusst für die
247 demokratisch verfasste Gesellschaft eintreten und den Populisten mit offenem
248 Visier trotzen, dann können wir deutlich machen, dass der liberale,
249 demokratische Rechtsstaat auch in Zukunft die viel bessere Alternative zu allen
250 autoritär motivierten Regierungs- und Gesellschaftsformen ist.